

Saale-Zeitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Einzelblätter...

Ercheint täglich...

Redaktion und Druck...

Wegzugspreis

Die Halle verschiebt sich...

Nr. 144.

Halle a. S., Dienstag, den 26. März.

1912.

Das neue Sparkassengesetz.

Von Dr. Crüger.

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Seit langer Zeit hat sich die Öffentlichkeit wohl kaum je so sehr mit Sparkassenfragen beschäftigt...

Es ist zweifellos, daß die Sparkassen vielfach bestrebt sind, ihre ursprüngliche Aufgabe, Einrichtungen im aus- schließlichem Interesse der Sparer zu sein, hinzuzulegen...

Nach der Begründung ist der Zweck der Vorlage ausschließlich zu suchen in der Sorge um die Liquidität der Sparkassen...

Für die Sparkassen haben die verschiedenen Ausdehnungen des letzten Gesetzes die Aufmerksamkeit wieder sehr stark auf die Liquidität gelenkt...

Über der Verfasser mag sich gefragt haben, daß es sich ja auch schließlich nicht einmal so sehr um die Sicherung der Liquidität der Sparkassen handelt...

Und tatsächlich ist es aus stets der Ausgangspunkt aller Versuche auf Besserung der Creditwürdigkeit der Sparkassen gewesen, diese zu zwingen, größere Bestände, und es hätte einen Einfluß auf den Kurs der Konjols auszuüben...

Die Regierung hat bisher mit ihren Bemühungen, in den Sparkassen feste Käufer für die Konjols zu gewinnen, gerade kein Glück gehabt...

litten haben. In Sparkassenkreisen spricht man daher auch von einem Geleib über die Befreiung der Sparkassen!

Die Vorfälle für die Liquidität soll besonders dem Kriegsfalle gelten. Die Liquidität der Sparkassen soll mithin vor allem gestützt werden auf den Stand von Staatspapieren...

Der Kampf der Parteien um die Jugend.

Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltete am Sonnabend abend im Sitzungssaale des Herrenhauses eine Konferenz...

Als Referent war für den Abend Bürgermeister Dr. Weitzel (Neukölln) gewonnen. Er führte über das Thema

„Der Kampf der Parteien um die Jugend“

folgendes aus: Nahezu alle konfessionellen, wirtschaftlichen und politischen Verbände suchten von jeher praktische Jugendpflege zu treiben und erweiterten sie in Schrift und Wort...

In den Wirrwarr der Kämpfe um die Jugend hat der preussische Ministerialerlass vom 12. Januar 1911 in erfreulicher Weise eingegriffen, und es wurden bedeutende Schritte mittel zur Verwirklichung gefehlt...

Die staatliche Jugendpflege

hat nach der Denkschrift von 1912 starke innere Erfolge zu verzeichnen, und hat vor allem das Ergebnis gehabt, daß der Jugendpflegegedanke weite Kreise eroberte...

die Jugend zu sein.

und hier gibt es, nach gehörige Rücksicht auszuführen. Wenn man einen Blick auf die Jugendbewegung im Ausland wirft, so ergibt sich, daß der Kampf nirgends so erbittert geführt wird wie auf deutschem Boden...

daß der Kampf um die Jugend auf deutschem Boden am ehesten und erbittertesten ausgefochten werden soll.

Man darf man sich keine Illusionen machen, daß die Berichte der verschiedenen Jugendvereine, insbesondere diejenigen, die aus partipolitischen Gesichtspunkten dieser Bewegung sich widmen, nicht immer der inneren Wirklichkeit entsprechen.

Jugendzeitchrift

zu gründen, die unserer ganzen Jugend in die Hand gegeben werden kann. Vordringlich wäre es zu gründen, wenn sie kein anderes Ziel verfolgte, als die Jugend anzureden und zu belehren.

In der nun folgenden Diskussion führte Reichstagsabgeordneter Oberstudienrat Kerschke in e. (Münchener) aus, er habe sich als Parteimann und als einfacher Mensch, der seit 17 Jahren dem großen Problem der Jugendberührung nachgedacht, zum Wort gemeldet.

Wie gewinnt der Staat Kraft und Macht und Einfluß auf alle Elemente,

die nicht von diesen drei Faktoren aus erschaffen sind? Das ist der Kardinalpunkt, und ich muß sagen, der Staat hat gelitten bis in die letzten Jahre, und das ist der Grund, weshalb die einzelnen Parteien sich dieser Frage angenommen haben...

Deutsches Reich.

Zum Kaiserbesuch in Venedig.

Rom, 25. März.

Prinz August Wilhelm und Gemahlin und die Prinzessin Viktoria Luise besuchten heute früh die Marktskirche und den Markusplatz, vom Substitut lebhaft begrüßt.

Italienische Preßstimmen.

Rom, 25. März.

„Tribuna“ veröffentlicht einen Artikel über den Kaiserbesuch, in dem es heißt: Was auch der Zweck des Besuchs sei, im jetzigen Augenblick müßte nur das Faktum des Besuchs an sich betrachtet werden...

versteht, als daß ein einziger Wille als Schwert Anderers genüge. Diesen Axiom müßte Italien selbst geschweiden. Aber wenn auch niemand sagen könnte, wie weit die Frage des Friedens zwischen Italien und der Türkei aus der Begünstigung in Venedig gefördert hervorzuhe, so werde sicherlich der Dreubund daraus fruchtbarer als je hervorzuhe. Keine Partei Italiens habe heute Grund, den Dreubund nicht in ihr Programm aufzunehmen.

Mailand, 25. März.

Der Abg. **Torre**, dem verzinnte Beziehungen zur Consulta nachgelegt werden, veröffentlicht im "Corriere della Sera" einen Artikel über die Monarchienzusammenkunft in Venedig, in dem es heißt: "Deutschlands Vertreter in Konstantinopel habe nicht harmonisch mit Berlin zusammengebebeit, und Deutschland sei bisher in der diplomatischen Tätigkeit ein passives Element gewesen. Die Zusammenkunft von Venedig werde diese Verhältnisse klären, die die beiden Monarchien wohl mehr befähigten werde als die Erneuerung des Dreubundes, der freilich seine Grundzüge erweitern müßte, um in der internationalen Politik entscheidende Bedeutung zu erlangen. Alle Probleme der auswärtigen Politik müßten in sein Programm eingeschlossen werden. Wenn hierfür in Venedig Vorbesprechungen gepflogen werden sollten, so werde der 25. März denkwürdig in der Geschichte der beiden Staaten bleiben.

Frankreichs Stellung zu den deutschen Wehrvorlagen.

Ueber die deutsche Wehrvorlage äußert sich im "Paris Journal" der Abgeordnete **Rainald**, Mitglied der Militärkommission, hier folgt: "Man kann sich" sagt der Deputierte, "die Wichtigkeit dieser Wehrvorlage nicht vorstellen, noch der wir hier mit Ueberlassung vernommen haben. Dieser Schritt Deutschlands läßt zu zweifeln, daß unser Nachbar die Absicht hat, eine Heeresmenge anzukammeln, die Frankreich vom Norden und vom Osten her überflutet kann. Viele glauben, daß Deutschland die finanziellen Opfer, die es seinem Militär bringt, nicht länger als vier oder fünf Jahre wird tragen können. Das könnte darauf hinweisen, daß das Reich schon vor dieser Zeit eine Krise erwartet und sich darauf einrichtet. Uns erlaubt unsere schmale Geburtsstätte nicht, die Truppen des Feindlandes unbegrenzt zu vermehren; aber wir können einen Erfolg in unseren schmalen Truppen finden." Derlei Meinung ist der "Figaro", der schreibt:

"Es bleibt uns die große Reserve des afrikanischen Reiches, Alger, Marokko und Senegambien; es bleibt die Eingeborenenarmee, deren erste Grundzüge Herr Millevand jetzt entworfen hat. Wir müssen hier sein, daß am ersten Tage der Mobilisation unsere allerersten Truppen nach Frankreich gebracht werden können."

Der "Figaro" fordert deshalb eine schleunige Wiederherstellung der französischen Seeherrschaft im Mittelmeer, die durch die österreichischen und italienischen Dreadnoughts bedroht ist.

Lohnbewegung im Hamburger Hafen.

Hamburg, 25. März. Der Deutsche Transportarbeiterverband hatte für gestern die acht Organisationen der im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter zu einer vertraulichen Versammlung einberufen, um ihnen die neuen Lohnforderungen vorzulegen. Die im Zentralverband organisierten Seemannsarbeiter und Maschinen- und Heizer wollen den Arbeitgebern die Forderung zur Gewährung einer Lohnzulage unterbreiten. Sie sind diesem der Ansicht, daß die aufgestellten Forderungen, die sehr mäßig sein sollen, bewilligt werden. Bemerkenswert ist, daß der jetzigen Lohnbewegung sich sämtliche Arbeiter im Hamburger Hafen anschließen, so daß also, wenn es zu einem Streik kommen würde, dieser größer sein würde als der letzte große Streik im Jahre 1896.

Günstige Aussichten im amerikanischen Kohlenstreik.

Newport, 25. März. Nichtoffizielle Verhandlungen, die zwischen der Union der Bergleute und den Grubenbesitzern des Reichthofengebietes in Cleveland (Ohio) stattfanden, eröffneten die Möglichkeit einer Einigung auf der Grundlage einer fünfprozentigen, statt einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung, während die sonstigen Forderungen der Bergleute fallen gelassen wurden. Die Beilegung der Differenzen im Reichthofengebiet würde auch die Antrags-Bergleute günstig beeinflussen.

Der Deutsche Flottenverein und die Flottenvorlage.

Die "Mittelungen des Deutschen Flottenvereins" bemerken in einem Artikel über die Flottenvorlage: "Der Neubau von drei U-Booten über das jetzt geltende Flottengesetz hinaus, tseth an dem schweren Mangel, daß das erste Schiff erst 1913, das zweite 1916 auf Stapel gelegt werden soll, während die Veranschlagung des dritten noch gar nicht festgelegt ist. Da die ersten beiden frühestens 1918 und 1919 fertig und dienstbereit sein werden, so hat es mit dem dritten Geschnäher noch gute Weile. Zur Sicherung des Reiches in der gegenwärtigen gefährlichen Weltlage ist es also so gut wie nichts bei, da auch nach den in der Presse bekannt gemachten Angaben über die Kostenberechnung wohl nur mit einem jährlichen Zuwachs von einer U-Bootenflottenstellung zu rechnen sein wird." Es fällt schwer, zu glauben, daß den sachmännlichen Urhebern der Vorlage der ungeheure Mißstand zwischen dem vorhandenen Bedürfnis und dem geringen wirksamen Endergebnis des neuen Gesetzwurdes nicht eben klar vor Augen gelegen habe, vielmehr liegt der Gedanke nahe, daß zwingende Gründe für sie vorhanden waren, die so und nicht anders zu gestalten; ebenso gewiß dürfte es aber sein, daß diese Gründe auf sich beruhen lassen, die mit dem Verleibungsbedürfnis des Reiches nichts zu tun haben. Wir können nicht glauben, daß die Rückstufung zu Englands Wünsche dabei maßgebend gewesen sei, so nahe auch die Vermutung zu liegen scheint, denn, abgesehen von früheren Erfahrungen, zeigte Churchill's Rede unüberhöllt, daß jede Maßnahme, auch die schwächste Rolle, den Kern der Briten gegen uns steigern wird. Somit bleiben nur tatsächliche Gründe und die Begegnung übrig, ob von diesem Reichstag eine großzügige nationale Lösung der Wehrfrage erzielt werden könne. Wir denken auf Grund unserer Kenntnis der Volkstimmung in dieser Hinsicht wesentlich zuversichtlicher und sind überzeugt, daß ein warmer Appell der Regierung an die Volkswahl an allen Wänden des Reichstages einseitig die linken Flügel der bürgerlichen Parteien auf bereitwillige Entgegenkommen stoßen wird — denn das heutige Volk erachtet das!

Dem Abgeordnetenhaus ist der diesjährige Entwurf eines Wehrhaushaltsgesetzes vorgezogen. Es fordert in

Summa 336 237 000 Mark an, davon zur Herstellung neuer Eisenbahnen 88 422 000 Mark, zum Erwerb des Eigentums 14.3 Millionen Mark, zur Herstellung von neuen und weiteren Gleisen 23.4 Millionen Mark, zur Einrichtung elektrischer Zugförderung auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen 50 Millionen und zur Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen 122 Millionen Mark.

Der Vorstand des Reichsverbandes der national-liberalen Jugend wird, wie die "Königliche Zeitung" meldet, am nächsten Sonntag zusammenzutreten, um zu den Beschlüssen des Zentralvorstandes Stellung zu nehmen und die Einberufung eines Vertretertages anzugehen.

Das Kammergericht hatte sich mit der Frage der Gültigkeit einer Regierungspolizeiverordnung vom 9. Dezember 1892 zu beschäftigen, welche u. a. vorschreibt, daß Güterhülle in bestimmten Zeiträumen geteilt und gereinigt werden müssen. Es war auf Grund der in Rede stehenden Polizeiverordnung angeklagt und verurteilt worden. Die Stoffkammer erstattete eine beratige Polizeiverordnung für gültig. Diese Entscheidung löst die Angelegenheit durch Revision beim Kammergericht an, welches auch die Verordnungsgebung auf und R. freisprach, indem u. a. ausgeführt wurde, ohne Zweifel ist die jeweilige Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten ergangen, um eine Verbreitung von ansteckenden Seuchen unter dem Vieh zu verhindern. Diese Absicht konnte im Hinblick auf § 6 Absatz 3 der Gewerbeordnung verwirklicht werden, indem der Handel mit Rindvieh, Schweinen im Umhergehen Beschränkungen unterworfen oder auf bestimmte Dauer unterlag wurde. Es war aber auch zulässig, gemäß § 16 ff. des Reichsversicherungslandespolizeigesetzes Anordnungen für den Fall der Seuchengefahr und für die Dauer derselben zu erlassen. Auf Grund des § 6 des Polizeiverordnungsengesetzes konnte demnach die unrichtige Vorschrift nicht ergehen.

Hot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser nahm Sonnabend auf der Fahrt nach Wien den Vortrag des Betreters des Auswärtigen Amtes, **Gesandten Frh. von Zentgraf**, entgegen.

Der Kronprinz traf Montag früh kurz nach 7 Uhr, von Berlin kommend, in Danzig ein und begab sich im Auto nach seiner Villa.

Prinz Heinrich von Preußen hat sich nach Darmstadt begeben, um gemeinsam mit seiner vor etwa Wochenzeit rorauzgeressenen Gemahlin und seinem Sohne, dem Prinzen Siegmund, das Osterfest am großherzoglichen Hofe zu erleben.

Ausland.

Eigenartige Kriegsführung in Mexiko.

Zus Inmenez in Mexiko wehelt der Draht: Nach dreitägigem Kampfe, wobei es auf beiden Seiten viele Tote gab, schrieben sich die Rebellen den Sieg zu. Die Rebellen ließen eine Lokomotive, die mit 40 Dynamit mit Ballen gefüllt war, gegen einen gepanzerten Zug der Bundesstruppen fahren. Bei dem Zusammenstoß wurden 60 Mann getötet. Der Rebellen-Campa redhertigt das Verfahren damit, daß die Bundesstruppen am Sonnabend das trockene Kraut angezündet hatten, so daß die Verbundenen selber Partien verbrennen mußten.

Die französischen Wäiter.

Paris, 25. März. Die Monarchienbegegnung in Venedig veranlaßt hier einflussvolle Kreise zu kritischen Äußerungen. Die Presse bezieht sich damit, die tatsächlichen Verhältnisse über die der journalistischen Beobachtung unmittelbar zugänglichen Neuheiten und die Bestimmungen der Dreubundländer zu verzeichnen. In den politischen Kreisen ist man überzeugt, daß die Begegnung französischer Interessen nicht unmittelbar bar verührt, da die Erneuerung des Dreubundes hier längst nicht mehr als fraglich gilt.

Hungernot in Teheran.

Die Brotpreise sind um das Vierfache gestiegen; die Zahl der Bettler hat sich verdoppelt. Ursache dieser Mißstände ist die Kornspekulation, an der nach der Volksmeinung die Minister beteiligt sind. Genannt werden als Schuldige Chamam-Saltanah und der Sipahdar. Vor ihren Wohnungen haben Hungernde hundert große Tumulten veranstaltet. Der Generalsabmessner Wornard hat die Verantwortung abgelehnt.

Ralle und Umgebung.

Salle a. S., 26. März.

Stadterordneten-Sitzung.

Halle, 25. März. Am Vorstandssitz der Herren Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Rimpler, Kaufmann Probit. Eingegangen ist von der Tischler-Zwangsinnung eine Petition, in der verlangt wird, daß bei Sarglieferung für das Hospital, Kriehelbst und andere öffentliche Anstalten nicht einzelne Interesseloren benutzet werden. Die Petition wird auf 4 Wochen zurückgelegt.

Ein Geluch des Sächsisch-Thüringischen Vereins für Aufsichtsführung über Ermächtigung des Gewerkschafts-Vereins zur Befreiung von den Petitionsausgaben übergeben. Ferner liegt eine Mitteilung des Magistrats vor, wonach Herr Stadtrat Dr. Busch, der die Stelle des ersten Bürgermeisters von Köslin angenommen hat, eine Erziehung erforderlich ist. Die Vorlage geht an die Spezialkommission, die noch durch Zuwahl des Herrn Stv. Herzau verläßt wird.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Der Seebener Weg zwischen der Trohauer- und Spinnerstraße befindet sich in einem sehr schlechten Zustande. Für diese Straßentrede ist ein Fluchtlinienplan förmlich festgestellt. Es wird beabsichtigt, diesen Weg in seiner jetzigen beschränkten Breite auf die Fluchtlinienplanmäßige Höhenlage zu bringen und haben einen provisorischen Pflasterstreifen dort anzulegen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 16 500 Mk. Die Kosten für die provisorischen Arbeiten in Höhe von 7000 Mk. werden aus bereits bewilligten Geldmitteln gedeckt. Der Rest von 10 000 Mk., welcher auf die Erdbarbeiten und die beim gültigen Ausbau als Pflasterunterlage zu verwenden

Kiesmengen einfallt, ist späterhin bei Abrechnung der Straßenausbaukosten von den Anliegern zu erlassen. Von Melem Betrag sind aus der Anleihe von 1900 bereits 7000 Mk. verfügbar, so daß noch rund 3000 Mk. zu bemitteln bleiben. Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herr Stv. S. H. e. l. e.)

Ueber den Punkt 2: Randberpachtung und -pachtung zum Zwecke einer

Rennbahn.

referieren die Herren Stv. P. a. u. s. h. und Schulze. Der Sächsisch-Thüringische Reiter- und Pferdeklub-Verein hat seinen Sitz nach Halle a. S. verlegt und beabsichtigt, möglichst nahe bei der Stadt eine Pferde-Rennbahn anzulegen und eine feste Tribüne zu errichten. Er ist an die Stadtwaltung mit dem Antrage heranzutreten, ihm auf 15 bis 20 Jahre das südliche Wiesenfeld, westlich der wilden Saale, südlich der Eisenbahn-Gasse, zu dem geplanten Unternehmen zu verpachten. In der Regel ist bereit, ein Durchschnittspachtzins von 30 Mk. pro Morgen und Jahr zu zahlen. Die Stadt erhält zurzeit einen Durchschnittspachtzins von ca. 31 Mk. pro Morgen. In dem südlichen Wiesenfeld liegt eine der Stadt nicht gehörige Enklave von ca. 27 Morgen, dem Gastwirt Riedker gehörig. Diese Wiesenfläche muß zur Anlage des Geländes mit herangezogen werden. Da der Erwerb des Geländes für die Stadt eine willkommene Abrundung ihres Besitztums bedeutet, so sind Kaufverhandlungen angeknüpft worden. Das Gelände würde dem Reiterverein zu dem Pachtzins von 30 Mk. pro Morgen zu verpachten sein.

Die Anlage der Rennbahn macht den Ausbau des Zufahrtsweges von der Eisenbahn-Gasse bis zur Tribüne erforderlich. Da der Verein für Errichtung der Tribüne, Beschaffung des Geländes, Errichtung des Geländes und Ermöglichung des Anlaufes der Reiterischen Wäiler sehr große Summen aufzubringen hat, richtet er an die Stadtwaltung die Bitte, den Ausbau des Zufahrtsweges auf südliche Kosten zu übernehmen. Die Kosten für den Tiefbau auf 8700 Mark veranschlagt werden. Da es nach Ansicht des Magistrats durchaus im Interesse der Stadt liegt, das Unternehmen zu fördern, beantragt er, auszulassen:

1. daß das erforderliche südliche Gelände (Ratswiese, Spitzwiese, Glaucha'sche Gemeindefläche, Kolonenbergsche Wäiler und geringfügige Flächen des Gutes Gintzig) vom 1. April 1912 ab auf die Dauer von 15 Jahren, d. i. bis zum 30. Sept. 1927, dem Sächsisch-Thüringischen Reiter- und Pferdeklub-Verein für den südlichen Pachtzins von 30 Mk. pro Morgen zum Zweck der Anlage einer Rennbahn verpachtet wird. Die Erhebung und Einigung des Geländes bleibt dem Verein überlassen, der zugleich die Pflicht zu übernehmen hat, die vorhandenen Unebenheiten der Wäiler auszugleichen. Der Verein muß ferner die Verpflichtung übernehmen, die Glaucha'sche Wäiler an Frau Dehoff after zu verpachten, dem Stadtguts-pächter Voigt auf sein Verlangen von den von dem Geläuf eingeschlossenen übrigen Wäilerflächen bis zu 6 Hektar nachweise zur Grammung zu überlassen;
2. daß die Riedker'sche Wäiler zum Preise von 1250 Mk. pro Morgen angekauft und die Mittel aus der Anleihe von 1910, Vollzins für Grundwerb, genommen werden;
3. daß der Zufahrtsweg von der Eisenbahn-Gasse bis zur Tribüne ausgebaut und die erforderlichen Mittel im Betrage von 8700 Mk. dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds für 1912 entnommen werden.

Die Anwesenden bekräftigen die Vorlage. Das Protokoll liegt im Interesse der Stadt.

Herr Stv. Emmer äußert Bedenken in finanzieller Hinsicht: die 8000 Mk. für Wegeerrichtung könne der Verein auch noch übernehmen.

Herr Stv. Döhler wünscht Auskunft, wie groß die Wäiler sind, ob sie zureichend für eine Rennbahn, ob die Tribünen nach Ablauf der 15jährigen Pacht der Stadt zu fallen.

Herr Stv. Neffe empfiehlt das Projekt. Ein Rennplatz würde nach Halle neuen Verkehr ziehen, und daran habe die Öffentlichkeit Interesse.

Herr Stadtrat Kröcher tritt im einzelnen für die Vorlage ein.

Herr Stv. D. u. b. z. g. meint, die Wäiler seien in guter Kultur, die seien viel zu schade für Zwecke der Antikur; denn wenn dort künftig Werke totgelegt werden sollen, so ist das Antikur. Der Rennermeister will sich an den Militarismus wenden, mit dem er die gleichen Ziele habe, und sich von ihm Terrain geben lassen.

Herr Stv. P. a. u. s. h. antwortet Herrn Döhler, daß das Terrain 188 Morgen groß ist. Die neue Anlage werde unserer Großstadt Vorteile bringen.

Das Projekt wird genehmigt. 3. Der Ingenieur Hermann Hahnschur hier beabsichtigt, auf seinem Grundstück S. d. H. Nr. 20 einen Neubau zu errichten. Nach der Fluchtlinie entfällt von dem Grundstück eine ca. 4 Am. große Parzelle zur Straße, während Herr Hahnschur eine Fläche südlichen Landes von ca. 25 Am. Größe zu erwerben hat. Er will Flächen gegen Flächen austauschen und für die zeitlichen ca. 2 Am. der Stadt-gemeinde den geforderten Preis von 75 Mk. pro Quadratmeter zahlen. Die Veranmlung stimmt zu. (Ref. Herr Stadtr. Schulze.)

4. Für die Westseite der Großen Ulrichstraße zwischen dem Grundstück der Firma Strammer & Benjamin und der Sägerei bilden die jetzigen Grundflächengrenzen die Baufluchtlinie. Die Straße ist dort, wie überhaupt auf der Strecke sämtlicher Sägerei- und Dachstuhlstraßen, 11 Meter breit. Dies Maß ist für den Verkehr verhältnismäßig gering, insbesondere auch das Anzureichende sich an dieser Stelle störend bemerkbar, weil die Straße hier eine starke Kurve macht und dahelft nach 2 Nebenstraßen, die Sägerei- und der Kautenberg, einmünden. Im öffentlichen Interesse ist daher eine Verbreiterung der Straße auf dieser Strecke notwendig. Die Veranmlung beschließt, die Fluchtlinie zurückzulegen und zwar nach dem Antrage der Bauauschüsse noch weiter, als der Magistratsantrag verlangt. (Ref. Herren Stv. Boeck und P. a. u. s. h.)

5. Der Antrag des Magistrats auf Einrichtung einer südlichen Unterzuchtungsstelle für anstehende Krankheiten wird vom Magistrat zurückgelegt.

6. Am 8. Februar wurden Unachtsamkeiten an den Ammoniakflaschen in der beiden Luftflüssigkeitsapparaten der Kühlanlage des Schlaithofes wahrgenommen. Nach der sofort in Angriff genommenen Demontierung eines der beiden Luftflüssiger wurde festgestellt, daß die Kühlfüllungsgefahr durch Abnutzung völlig unbrauchbar geworden waren. Um Störungen im Kühlbetrieb zu vermeiden, mußte die Erneuerung der Rohre sofort veranlaßt werden. Die entstehenden Kosten sind auf 7000 Mark zu schätzen. Die Kosten für die provisorischen Arbeiten sind auf 7000 Mark beantragt, weshalb die 7000 Mark aus dem Erneuerungsfonds des Schlaithofes zu bemitteln.

Die Vorlage wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

7. Wie Herr St. Döhler z. ausführt, hat der Magistrat beschloffen, dem thymologischen Verein, Cäfar, zur Halle a. E. auf seinen Antrag den Betrag von 100 Mark als Ehrenpreis der Stadt Halle a. E. für die am 4. und 5. Mai d. J. im „Belvedere“ beabsichtigte III. große

Ausstellung von Hund

aller Rassen zu übernehmen (a conto gem. Dispositionsfonds). Der Referent Herr St. Döhler beantragt namens des Finanzauschusses Ablehnung. Er stellt sich allerdings der Ansicht, daß man den Ehrenpreis bewilligen solle. Herr St. Borger meint, man möge ihn nicht freiwillig machen. Die Ausstellung finde nur alle vier Jahre statt. Es handle sich um eine nützliche Sache. Die Landwirtschafts-kammer habe auch Freie gestiftet.

Herr St. Döhler erklärt sich in gleichem Sinne. Herr St. Herzberg führt aus, daß die Stundenausstellung das kommunale Leben gar nichts angehe. Gelder aus Gemeindemitteln dürfe man dazu nicht bewilligen.

Herr St. Herzberg findet es verheißungsvoll, daß sich Leute erheben, um die Ausfahrt guter Gebrauchsgegenstände zu beschaffen. Die Stadt steht aus der Hundsteuer 4000 Mark. Da könne man den Räten mal 100 Mark spenden.

Der Ehrenpreis wird bewilligt. 8. Der Halleische Fußballklub „Britannia“ bittet um Bewilligung einer laufenden Beihilfe zu Zwecken der Jugendpflege. Vom Staatsausfluß wird vorgeschlagen, die Petition dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. Die Verammlung beschließt so. (Ref. Herr St. Döhler.)

9. In die Kommission für Bullen-Rözung werden die Herren Engel, Götz und Schreiber gewählt. (Ref. Herr St. Probst.)

10. Der zum unbesoldeten Stadtrat gewählte Herr Bauermeister Gygus war Mitglied des künstlerischen Beirats der Bauverwaltung. Es ist in das Gesetz eine Ergänzung notwendig. Man wählt Herrn Stadtbaurat Jost. (Ref. Herr St. Probst.)

Unter Punkt 11 werden die Wahlen für das Kuratorium der Bekleidungslehmann-Stiftung vorgenommen. (Ref. Herr St. Probst.)

12. Herr Professor Goldschmidt scheidet infolge seiner Berufung nach Berlin am 1. April aus der Museumsdeputation aus. Man wählt an seine Stelle Herrn Generalleutnant Roeb. (Ref. Herr St. Probst.)

13. Weiter wird ein besonderer Ausschuß zur Beratung der Armen- und Waisenordnung gewählt. (Ref. Herr St. Probst.)

14. Der Magistrat überreicht eine Zusammenstellung der Verwaltungskosten der Sparkasse der Stadt Halle a. E. für das Jahr 1911. Sie wird genehmigt. (Ref. Herr St. Probst.)

15. Die städtischen Steuererheber und Versicherungsbeamten bitten, ihr Gehalt hat bisher 1500—2100 Mark auf 1800—2400 Mark zu erhöhen. Sie machen geltend, daß sie früher mit den Kassisten gleich standen, jetzt aber erheblich hinter ihnen zurückblieben. Eigentlich müßten sie mit den Gehaltsvollziehern rangieren, aber ihre Einnahme sei viel geringer.

Der Staatsausfluß hat Uebertrag zur Tagesordnung beschlossen. (Ref. Herr St. Probst.)

Herr St. Helmecke meint, es gehe nicht an, daß das Kollegium immer wieder mit Wählenden auf Gehaltsaufbesserung bedacht werde, darum sei auch der Beschluß des Staatsauschusses berechtigt. Aber die Steuererheber haben Einnahme von etwa 100 Mark im Jahr, weil sie für das Einziehen des Schulgebüh, das jetzt auf der Steuerquittung mit quittiert werde, nichts mehr erhalten. Man solle ihnen künftig pro Quittung — statt 2 Pf. — 2 1/2 Pf. vergüten. Im übrigen scheidet die Steuererheber überflüssig zu sein. Redner bittet den Herrn Oberbürgermeister, darüber einmal Erwägungen anzustellen.

Herr St. Spindler ist der Ansicht, daß der Antrag Helmecke durchaus berechtigt sei. Eine Annehmlichkeit für die Bürger sei es übrigens auch nicht, daß Schulgeb und Steuern auf einem Zettel quittiert werden; man müßte langst das Geld zur Steuer, aber nicht auch zum Schulgeb. Da legt man sich dann der Gefahr aus, einen Wahnsinn zu kriegen. Nebenbei möge man bedenken, daß die Leute, die mit soviel Geld umgehen, auch gewisse Verluste haben.

Herr St. Döhler verweist auf die 1911 gibt zu, daß die Steuererheber durch ihren vereinfachten Leistungsumfang benachteiligt sind. Der Antrag Helmecke sei etwas weiteres zulässig, da im Etat durch Gemeindefußloß 2 Pf. pro Quittung eingestellt seien. Das Kollegium könne nur den Magistrat erlauben, zu erwägen, ob man nicht den Satz von 2 auf 2 1/2 Pf. erhöhen könne.

Herr St. Helmecke formuliert einen Antrag in diesem Sinne.

16. Herr St. Borger z. referiert über folgenden Antrag a. g. Hülsmann: Das Kollegium wolle beschließen, den Magistrat um

periodische Finanzberichte

zu erlauben. Die Auswahl der Zeitpunkte für diese Berichte möge dem Magistrat überlassen bleiben, doch müßte der letzte Bericht etwa Anfang Februar jeden Jahres mitgeteilt werden. Zweck der Finanzberichte soll sein, schon im Laufe des Jahres dem Kollegium Arbeit über die Ergebnisse des städtischen Verwaltungsbetriebes zu geben und gleichzeitig die Unterlage für die Beschlußfassung über Ausgaben und Einnahmen zu liefern. Der bisher herausgegebene Verwaltungsbericht, dessen Beibehaltung nötig ist, vermag diese Zwecke nicht zu erfüllen.

Der Referent führt aus: Der städtische Finanzbezugsentwurf wurde zunächst bewilligt, ob die Stadtverordneten solche Nachweise verlangen dürften. Der Zweifel sei aber unbedeutend, denn in der Städteordnung siehe ausdrücklich, daß die Stadtverordneten die Verwaltung zu kontrollieren hätten und solche Finanzberichte dienen der Kontrolle. Auch eine Vermehrung des Schreibwesens sei nicht zu befürchten. Es lassen sich Ueberlieferungen gewinnen, ohne daß die Schreibarbeit sonst erheblich erhöht wird.

Herr Oberbürgermeister v. Holln vertheidigt seinen Standpunkt. Der Magistrat hat allerdings zur Sache noch keine Stellung genommen. Solche Finanzberichte hätten in einer künftigen Verwaltung große Schwierigkeiten; in einzelnen Fällen könne eine Ueberlicht überhaupt nicht gegeben werden. Wohl aber lasse sich zur Zeit der Feststellung des neuen Etats einigermassen sagen, wie das laufende Jahr sich in finanzieller Hinsicht stellen wird betreffs der Steuern und der Betriebswerke.

Herr St. Hülsmann gibt einen Ueberblick über die Entschloßung des Antrages. Er glaubt, Herr Bürgermeister v. Holln gehe zu schwarz von dem, was man von ihm fordere. Man wolle natürlich keinen Nachweis auf Wenigste, sondern nur einen ungefährlichen Ueberblick zur Orientierung, die bisher fehle. Neben Verwaltungsbericht, jede Verwaltung könne das leisten, Halle werde es auch können. Es lasse sich

wohl zu bestimmen Zeiträumen übersehen, ob das Jahr den Erwartungen entspreche oder nicht.

Herr Bürgermeister Holln bekämpft nochmals den Antrag als zwecklos und über das Maß der in der Städteordnung vorgesehene Kontrolle hinausgehend.

Die Verammlung beschloß nach dem Antrage des Staatsauschusses den Magistrat zu erlauben, alljährlich dem Staatsentwurf eine Ueberlicht über die finanzielle Gestaltung des laufenden Jahres beizugeben.

17. Der Arbeiter-Vertreter-Berein von Halle a. E. und Umgegend bittet, seinen Vertretern den Besuch der städtischen Ausstellung für Arbeiter-Moschafahrt in Charlottenburg auf städtische Kosten zu ermöglichen.

Der Finanzausfluß hat Uebertrag zur Tagesordnung beschlossen. Die Herren Stov. Pfautsch, Emmer, Neffe Osterburg plädieren für Berücksichtigung. Herr St. Herzberg hält die Unterstüttung für überflüssig. Die Ausstellung sei nur für Fachleute. Die betreffenden Berufsorganisationen, die geeignete Leute herbei senden, seien mit Mitteln überreich ausgestattet.

Herr St. Hoe und Herr St. Zell sind für die Bewilligung; es handelt sich nicht um Laien, sondern um Fachleute.

Es wird mit 23 gegen 21 Stimmen Uebertrag zur Tagesordnung beschlossen.

Einführung von Wochenlöhnen und Einsetzung von Arbeiterausschüssen,

über den Herr St. Borger z. referiert: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Den Magistrat zu erlauben, am 1. April 1912 für alle städtischen Arbeiter in sämtlichen Betrieben das Wochenlohnsystem einzuführen.

Der Anfangslohn soll betragen bei den Arbeitern des Bauamts und des Gas- und Wasserwerks, mit Ausschluß der Feuerarbeiter, für welche eine höhere Staffel festgesetzt wird, pro Woche 25 Mark, steigend von 2 zu 2 Jahren um wöchentlich 1 Mark bis zum Höchstlohn von 28 Mark.

Für die Arbeiter der Straßenreinigung, der Stadtkäuferei und des Schlachthaus- und Viehhofes pro Woche 22 Mark, steigend von 2 zu 2 Jahren um wöchentlich 1 Mark bis zum Höchstlohn von 26 Mark.

In sämtlichen Betrieben werden je drei Arbeiter, welche von den einzelnen Betrieben in gleicher Zahl zu wählen sind, als Arbeiter-Ausschüsse gewählt. Dieselben sollen die Pflicht haben, über alle entstehenden Differenzen mit den betr. Betriebsleitern zu verhandeln und die Wünsche der Arbeiter zu vertreten.

Der Referent hebt hervor, daß die erstrebten Löhne, was die Höhe anlangt, insoweit schon jenseitig gewährt seien. Der Staatsausfluß habe beschlossen, die Forderung des Wochenlohnes dem Magistrat zur Erwägung, die Forderung der Einsetzung von Arbeiter-Ausschüssen aber zur Berücksichtigung zu übermitteln.

Herr St. Emmer bemerkt, daß einzelne Werke, z. B. das Elektrizitätswerk, schon die Wochenlöhne eingeführt haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rieme: Als nun Magistrat vor sechs Jahren Vorschläge angeregt wurden, lehnten die Stadtverordneten ab. Nur die Gartenverwaltung führte Lohnskalen ein. Die anderen Deputationen verneinten, sie wiesien auch die Einsetzung von Arbeiter-Ausschüssen ab. Heute ist der Standpunkt erfreulicherweise anders. Die Löhne in allen Verwaltungszweigen sind in letzter Zeit aufgebessert worden, zum Teil haben die Deputationen die Löhne schon recht erheblich erhöht, aber die Erhöhung tritt vom 1. April ab in Kraft. Wir hoffen, daß die Deputationen, in denen noch die Stadtverordneten die Majorität bilden, auch die Einsetzung der Arbeiterauschüsse annehmen. In der Hinsicht waren wir in Halle gegen andere Städte rückständig.

Herr St. Hölger leitet die Ansicht, daß nun allmählich den Wählenden der Arbeiter genug getan sei; die Löhne seien erhöht, die Verwaltung habe ihre volle Schuldigkeit getan. Nun solle man aber halt machen.

Herr St. Schulze hält die schematische Einführung der Wochenlöhne für bedenklich.

Herr St. Kühme spricht sich sehr warm dafür aus. Herr Oberbürgermeister Dr. Rieme: Die Feiertage (Weihnachten, Ostern, Pfingsten), wenn sie für die Arbeiter Lohnausfall bringen, wie es beim Tagelohn der Fall ist, werden ihnen geradezu zur Last. Was wollen wir natürlich nicht. Darum ist es gut, wenn die Deputationen die Frage der Wochenlöhne zum mindesten erörtern.

Die Antwort des Staatsauschusses werden angenommen. (Schluß 1/2 Uhr.)

Gustav Gräbe, ein geborener Hallenser, Schüler Prof. Max Reinhardt, veranfaßt nächste Sonntag im Saal der „Lulpe“ eine Vortragsmesse. Der junge Künstler, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in Halle am Vortragstisch erscheint, liest Dichtungen von Goethe, Raubert und Wilde. Korrespondenz bei Heinrich Hohmann.

Der 4. kommunale Bezirksverein hat seine Monatsversammlung am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr in Pöppels Restaurant, Charlottenstr. 19, mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über das letzte Wintervergnügen. 2. Mißbilligung auf die letzten Stadtverordnetenverordnungen. 3. Besprechung über die geplante Herabsetzung der Armen- und Waisenordnung. 4. Verschiedenes. Gäste sind willkommen.

Privatseminar für Kindergarteninnen und Erzieherinnen, März 13. Am Sonnabend fand nachmittags unter Vorsitz des Herrn Schulrats Wendel das diesjährige Osterexamen statt. Alle 17 Examinandinnen erhielten das Zeugnis als Kindergarteninnen und Erzieherinnen. Es waren aus Halle: Frä. Wildeweg, Born, Jablonka, Krämer, Maßler, Poppe und Widder; ferner Frä. Anders aus Crina, Bischoff aus Weitzin, Siede aus Querfurt, Jung aus Wladislaw, Mauer aus Rathau auf Mügen, Moritz aus Magdeburg, Prüfer aus Raska, Simon aus Merseburg, Tillmanns aus Hildes (Helmstedt) und Jüne aus Anoba. Vormittags fand unter Vorsitz des Direktors der Anstalt das Examen für Kindergarteninnen statt; das Kindergarteninnenzeugnis erhielten aus Halle: Frä. Agnus, Badhausen, Brunner, Herrmann, Hölstein, Kralau, Kupprecht, Schimke, Schmidt, Stieber, Volkmer, Wigel; ferner Bärde aus Merseburg, Krull aus Döhringleben, Sander aus Weihenfels, Träger aus Eichenbarleben. — Das neue Semester beginnt Dienstag, den 16. April. Einige halbe und ganze Preistellen für Kindergarteninnen sind noch zu vergeben.

Provinzialnachrichten.

2 Bergleute getötet.

Seit 25. März. Ein schwerer Unfall, der zwei Bergleuteleben forderte, ereignete sich am Sonnabend vorzeitig auf der benach-

barsten Grube „Marie“. Durch niedergehendes Erdreich wurden zwei Grube Bergleute, der 25jährige Franz Sachs aus Zeitz und der 23jährige Friedrich W. a. h. o. m. aus Zeitz verdrückt und konnten trotz der sofort vorgenommenen Rettungsarbeiten nur als Leichen geborgen werden. Beide Bergleute waren Familienväter.

Zur Diat des irrenigen Gymnasisten.

Nach einem Uebertrag unter Führung des Turnlehrers hatten sich die Oberförstner gegen 6 Uhr in dem Bierkeller zu einer Abschiedsfeier zusammengelassen. Dander entfernte sich nach kurzer Zeit. Während er auf dem Marsche ganz friedlich gewesen, hatte er wiederholt aus nützigen Gründen laut angefangen und schließlich in Aufregung das Zimmer verlassen. Daraus wurde er mit einem Spaten bewußt gefahren; nach hiterem Auf- und Abgehen stellte er die Leiter gegen die Wand und erbat von einem seiner Freunde, Primaner des Rab. Dann fuhr er in die Stadt und kam in dem Gefolge von Neumann Reuher und Reutenen.

Dann fuhr er zurück. Unterdessen an der zweiten Ögrebrücke fuhr der Sohn des Gemalldirektors Trittel an ihm vorüber; er rief diesen an und bestellte ihm, er solle ihn bei seinem Vater entschuldigen, daß er ihm kein Abschiedsgeld mache, er habe keine Zeit mehr, da er sich um 7 Uhr erschließen wolle. Als der Untertertianer Trittel, der ihn anfänglich ausgelacht hatte, ihm Vorstellungen machte, gab er als Grund an, er werde nicht verzeiht, weil er im Gerichtshof keine 2 erhalte.

Sein Mitfahrer fuhr ihm nach, holte ihn vor dem Bierkeller ab und reichte auf ihn zu, da ihm jetzt die Sache unbekannt war. Dander zeigte ihm den linken Oberarm, welcher und ging hinein. Der Sohn des Direktors radekte sofort nach Hause und teilte seinem Vater das Geschehene mit. Dieser hielt die Sache für einen über angebrachten Witz, da die Verlegung des Schülers niemals fraglich gewesen und er auch tatsächlich in der Verlegungsförderung, die am Tage vorher stattgefunden hatte, nach Prima verlegt worden war. Er machte sich trotzdem sofort auf den Weg, um die Waffe an sich zu nehmen.

Ehe er hinfam, war das Unglück schon geschehen. Dander hatte im Gange, der nach der Petrarde fuhr, auf die beiden Knechtsgenossen Pippel und Schnakenrade, die ihm ahnungslos vom Fern in Fern entgegenkamen, zwei Schüsse abgegeben, die Pippel am Oberarm und hinter dem linken Ohr trafen. Pippel freilich ließen die beiden weg, eben so der Oberförstner Krause. Hinter diesen schloß Dander noch einmal her, traf aber nur die Scheibe der Kurlur, dann gab er den vierten Schuß auf sich selbst ab. Die herbeigeeilten Götze und Schüler brachten Pippel auf ein Sofa, andere hielten Dander, der tobt und den Pippel erwürgen wollte, an Händen und Beinen fest. Sanitätsrat Otto ordnete die Ueberführung Pippels in eine Magdeburger Klinik an.

In der Schule war nicht das Gerüchte vorgefallen, das den Anlaß zu der Tat hätte geben können. Ebenjowenig ist der Mordversuch auf Pippel aus den ganz geringfügigen Streitigkeiten wegen des Bierfommants zu erklären. Dander war sogar gemeinsam mit Pippel am Nachmittage zu dem Ausfluge gegangen. Auch der Alkohol kann in diesem Falle zum Schuldgeboten werden, da Dander überhaupt nur kurze Zeit an der Knechtstafel gefessen hat.

Dander hat schon wiederholt ohne Grund von Selbstmord gesprochen. Er war sehr exzentrisch und wurde von seinen Mitfahrern vielfach gekannt. Nach ihrem Urteil ist er nicht normal. Er war wegen Beleidigung eines Lehrers vom Gymnasium entfernt und erst seit Oftern wieder aufgenommen worden. Im Unterricht hat er sich stets gut betragen.

Aus dem Zuge gefährt.

Sangerhausen, 25. März. Der Kaufmann, der gestern unweit Sangerhausen aus dem Zuge stürzte und auf der Stelle tot war, heißt Salkin; er stammt aus Löß, wohin auch die Leiche überführt wird. Salkin hat sich in einem Augenblick, als seine Tochter eingeschlagen war, aus dem Zuge gefährt.

Die 300 000 voll!

Chemnitz, 24. März. Nach Mitteilungen des Statistischen Amtes übertritt die Stadt Chemnitz geltend das dritte Hunderttausend seiner Einwohnerzahl.

Stellstelt, 23. März. (Ein-raffinierter Schwindler)

machte dieser Tage unsere Stadt unsicher. Ein Mann von dem Namen Uebelen und der Kleidung eines Bekleidungsbediensteten machte mehrere Geldgeschäfte und soviel, gab an, er sei Bekleidungsbediensteter, und nach dem Uebertritt über seine Tätigkeit in Chemnitz beauftragt wurde, für einen Viehstall 3000 Mark auf der Bank hier zu hinterlegen. Gleichzeitig gabte er seine Banknot, die 2000 bis 2075 Mark betrug, und daß, ihm die fehlenden 25 bis 50 Mark für einen Tag vorzuzahlen. Obwohl diese Angaben recht plausibel klangen, wurde ihm doch überall das Geld verweigert. Zuletzt versuchte er noch, in der Bekleidungsbediensteten 50 Mark zu erlangen, jedoch auch dort vergeblich. Erst nachdem der Mann das Lokal verlassen hatte, ermittelte sich der Polizeibeamter, in einer Zeitung eine Warnung vor einem Schwindler gelesen zu haben, der in anderen Orten auf dieselbe Weise viele Geldstücke geschloßig hatte. Er ludte sofort die Festnahme des Mannes zu veranlassen, es war jedoch bereits zu spät, denn der Schwindler hatte es vorgezogen, mit dem 340 Uhr abgehenden Zuge nach Stuttgart zu reisen.

Torgau, 23. März. (Verstärkung der Elbbrücke)

Mit den Vorarbeiten für die Verstärkung der hiesigen Eisenbahnbrücke über die Elbe, ist jetzt durch den Bau der Gerüste voll genommen worden. Der Zugverkehr von Hofpau bis Torgau wolle jetzt sich infolgedessen nur einstellen. Die Bauarbeiten an der Brücke sollen bis zum Kaffermonat beendet sein.

Charlottenberg, 25. März. (Die heilige Bürgermeistersche Welle)

Am 1. April, fast ein Jahr, ist der heilige Jahrestag der Welle der Welle erst seit dem Jahre 1910 befestigt, zum Amtsoberster in Pöppels (Hollstein) ernannt worden ist.

Naumburg, 25. März. (Stadtret. D. Ehrhardt)

In seinem kürzlich begonnenen 80. Lebensjahr hat heute nach langer Krankheit der Stadtrat a. D. Hermann Ehrhardt. Der Verstorbenen, früher Direktor der Jaderstraße Schule in Halle, mochte seit Anfang der achtziger Jahre in Naumburg, wo er ein Grundstück in der Kaiserin Straße erworben hatte. Wie er die dort erworbenen Erbschaften im Hinblick auf den entsprechnenden Vereinen der Allgemeinheit zugute kommen ließ, so geschloß es insbesondere in der Armenwirtschaft, auf welchem Gebiete er zu den bedeutendsten Anträgen in unserer Gegend gehörte; er war langjährig Vorsitzender und dann fast Jahren Ehrenvorsitzender des Bienenzüchtervereins für Naumburg u. U. Vom Jahre 1888 ab hielt er dann seine Kraft in den Dienst des städtischen Gemeindeforts, indem er zunächst als Stadtverordneter und dann 1892 zum Magistratsmitglied als unbesoldeter Stadtrat gewählt

wurde, in welchem Amte er zehn Jahre zum Nutzen der Allgemeinheit tätig war.

Schöten, 25. März. (Eindrücke.) In der nächsten Anhebung wird wieder eine Anzahl Eindrücke vorgekommen. Nicht nur in Pflanzlich und Animalisch, sondern auch in Pflanzlich und Menschlich wurde eingebrochen. In Vollständig wurden bei dem Gutsbesitzer Walter Krieg 200 Markt gelöhnt. Auf eine Fahrt geht, verfolgte der Polizeibeamte „Jola“ aus Birgel nach Lubitz in das Gruberische Anwesen, wo festgestellt wurde, daß dort der Eindrücker ebenfalls Abfertigung genommen hatte. „Jola“ verfolgte dann die Fahrt bis nach Eisenberg in den Gutsbesitzer „von Krone“, wo sie verloren ging.

Hatterfeld, 25. März. (Schwarze Fäden.) Zwei polnische Arbeiter der Firma Gebr. Dippe sind an den Fäden (Blättern) erkrankt. Die Erkrankten sind sofort in das Galozer-Krankenhaus übergeführt und dort isoliert untergebracht worden. Die übrigen Arbeiter der genannten Firma wurden sofort eingepflichtet.

Querschnitt, 23. März. (Von den fürzlich in Eisenleben entsprungene drei Strafgefangenen) wurde heute hier der Arbeiter Kurze aus Helfta verhaftet. Vorher hatte er hier in einem Restaurant beschäftigt, Schlafstunden, die ebenfalls von einem neuen Diebstahl herrühren, zu verkaufen. Dabei bediente er sich eines falschen Namens und gab an, aus Gatterfeld zu sein. Vollständig wiederum, welcher sofort zur Hand war, legte sich mit Gatterfeld sofort in Verbindung und erhielt die Nachricht, daß der Fremde auch dort Wirtshausen angeblich habe. Angehörige hatte sich derselbe zu einem früheren Angehörigen, um sich das nötige zu lassen, wobei Gelegenheit war, ihn zu verkaufen. Auf dem Weg zum Polizeiamt, den er mit sehr hinterem Gang zurücklegte, verlor er sich und rannte im schnellsten Tempo die Schlafstätte entlang. Durch einige ihn verfolgende Personen, die den Vorgang beobachteten hatten, wurde er in der Nähe des Braunsbrunnens eingeholt und konnte in Gewahrsam genommen werden. Mehrere Eindrücke der Verhaftung fand man bei ihm vor.

Wischdorf, 25. März. (Todessturz.) Hier ereignete sich am Sonnabend abend 6 Uhr ein befallenswerter Unglücksfall. Der 53jährige Walter Bernhardt fiel beim Spielen von der Scheune herunter. Er lag beunruhigt bis früh 5 Uhr, dann starb er.

Eisenach, 25. März. (Kittmeister Georg von Kammecke.) Hier starb der Offizierskittmeister des 1. Regiments Kittmeister Georg von Kammecke, der sich im Jahre 1870/71 hervorgetan und zwei Langenstücke in die Lunge erhalten hatte. Seine Leiche wurde durch Feuer bestattet.

Mühlhausen, 24. März. (Ein schändlicher Mensch.) Verhaftet wurde der Tagelöhner Friedrich S. In der Gemarkung sollte er ein 18jähriges Mädchen aus der Feldstraße nach Hause fahren, fuhr aber stattdessen nach Ammenau zu in die Kür. Bei der nächsten Fahrt konnte das Mädchen nicht entkommen. Später ergab es sich, daß das unglückliche Mädchen, die S. verheiratet, zu entgehen. Bei der Vernehmung leugnete S. hartnäckig.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Aus Greifswald meldet ein Telegramm: Geh. Regierungsrat Dr. Heinrich Uhlmann, der bekannte Historiker, hat zum Herbst d. J. seine Emeritierung nachgesucht. Uhlmann ist 1841 in Weimar geboren und seit 1884 korrespondierendes Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften. — Der Geh. Rat Prof. Dr. Walter Hempel an der Technischen Hochschule zu Dresden ist von der Technischen Hochschule zu Karlsruhe zum Doktor-Ingenieur Ehrenbürger ernannt worden. — Geheimrat Prof. Dr. phil. Moritz Trautmann, Ordinarius und Direktor des Seminars für englische Philologie an der Universität Bonn, feierte am 24. März seinen 70. Geburtstag. — Der o. o. Prof. Dr. Otto Köhler, der alt. Geschichte Dr. phil. Rudolf Schubert an der Universität Königsberg i. Pr. ist zum ord. Honorarprofessor ernannt worden. — Zum Nachfolger des Geh. Archivrats Prof. Dr. Grünhagen an dem Lehrstuhl für sächsische Geschichte an der Breslauer Universität ist der Privatdozent Prof. Dr. Johannes Ziehrich in Aussicht genommen. — Dem Vernehmen nach hat der Göttinger Privatdozent Dr. jur. Leo Rosenberger den Ruf an die Universität Gießen als ord. o. o. Prof. mit dem Lehrauftrag für Rechtsphilosophie, römisches und bürgerliches Recht zum 1. April 1912 angenommen; er wird hier Nachfolger von Prof. H. A. Fischer, der an Stelle des nach Halle gehenden Geheimrats Hermann zum Ordinarius vorrückt. — In Königsberg i. Pr. ist der ord. Prof. Dr. alt. Geschichte und Archäologie Dr. Otto Hübner zum Geh. Regierungsrat ernannt worden.

Geheimrat Prof. Walter Hempel in Dresden wurde in Anerkennung seiner Forschungen auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und angewandten Chemie, insbesondere der Analyse der Gase, vom Senat der groß. bairischen Technischen Hochschule zu Karlsruhe die Würde des Doktors-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Hebraist Philipp Berger f. Der Senator für Belfort, Philippe Berger, ist in Paris gestorben. Er stand im 67. Lebensjahre. Er war eine der hervorragendsten Gestalten des französischen Protestantismus. Sohn des lutherischen Pastors Eugen Berger von Beaumont im Elsaß, widmete er sich früh theologischen Studien, ließ sich jedoch nicht zum Geistlichen ordinieren, sondern spezialisierte sich im Studium der hebräischen Sprache, zu deren Professor am Collège de France als Nachfolger Renaus nach dessen Tode ernannt wurde. Vor kurzem veröffentlichte er auf seinen Lehrstuhl, den trotz vielseitigen Einflusses das Professorenkollegium des Collège de France einnahm. Er war Mitglied der Akademie der Inschriften und bis zuletzt Vorsitzender des Ausschusses für das Corpus Inscriptionum Semiticarum.

Theater und Musik.

Heinrich Heine's Ehrendoktor.

Die Berliner Universität hat den Komponisten Professor Felix Draeseke zum Ehrendoktor ernannt.

Bühnenchronik.

J. k. Aus Dessau schreibt man uns unterm 24. März: Heute wurde hier Bergelius' „Sera perzona“ in der Ausgabe von Professor Hermann A. Bert. Halle, gegeben. Nach dem ausgezeichneten Erfolge von Raubschiff ist sehr dankenswert, wenn eine zweite Bühne mit der Aufführung folgt. Leider wird es aus materiellen und anderen Gründen wohl wenig weiteren Theatern möglich sein, ebenfalls derartig wertvolle historische Stoffwerke zu Gebot zu bringen, statt unter Umständen, die nur ungenügend, aber gemogen und zu leicht den

haben sind. Wiederum hat Bergelius' Schöpfung von 1733 ihre einjährige Lebenszeit bewiesen und so die Bemühungen und Erwartungen Prof. Alberts nun gerechtfertigt. Das Publikum folgte mit dankbarer Wärme. Eine gute Wirkung verurteilte es auch, daß man den Intentionen des Herausgebers entgegenzukommen beabsichtigt war. Die Befehle war, dem Raume entsprechend, verdrängt worden. An Stelle des Cembalo benutzte man allerdings eine kleinen Flügel, und Cembalo und Direction lagen nicht in einer Hand. Der freiere Satz des Continuo brachte die gewünschte erhöhte Anregung. Die nötige Portion Bassolaune war vorhanden. Somit zeigte die Darstellung bemerkenswerte Früchte. Die Rolle des Alberto spielt mir allerdings etwas einseitig weiter aufgeführt. Es wurden öfters die Nuancen des Klägliches und Poltrigen vernachlässigt. Die Serpina zeichnete sich durch große Unbefangenheit und Sicherheit aus. Die beste Wirkung tat wohl, dank seiner glänzenden Mimik, der Despina. Da Wilkerson nicht war, lagen Direction und Cembalo in zweiten und dritten Händen. Als wichtiges Stück wurde, in den Rahmen des Abends passend gedacht, aufgeführt: „L'enfant prodige“, ein phantastisches Mimodrama von André Wormser, das, soweit ich aus dem ersten Akt entnehmen konnte, von hervorragender Art (Cauerette) ist, die glänzenden Talenmerkmale zeigt, aber Ansehungen eigentlich an fast alle Arten von Musik von Mozart bis „Basse bleue“ bringt.

„Autolischen“, die erfolgreiche Komödie von Kren und Schönfeld, Musik von Jean Gilbert, wurde von dem amerikanischen Manager Al Wood erworben und wird zu Beginn der kommenden Saison in New York die amerikanische Uraufführung erleben.

„Katt“, ein deutsches Trauerspiel von Albrecht Schaeffer, erlebte im Deutschen Theater in Hannover in einer von der dortigen „Dienstags-Gesellschaft“ veranstalteten Sondervorstellung seine Uraufführung. Der Verfasser ist ein junger Hannoveraner. Wenn das Stück auch kein vollendetes Kunstwerk ist, so ist es doch eine starke Talentprobe. Die Aufführung machte auf das glänzende Publikum, das Lager und Parkett bis auf den letzten Platz füllte, einen tiefen Eindruck.

„Sündenböde“, ein neuer Schwank von Gebhard Schiller-Persiani, dem Verfasser des vielgespielten Lustspiels „Sein Bräutigam“ wurde vom Magdeburger Viktoriateater zur Uraufführung im Mai d. J. erworben. Das Werk erscheint im Berliner Theater-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 15.

Vermischtes.

Weitere Stukaten französischer Automobilverbrecher.

Paris, 25. März. Während die Pariser Polizei noch immer glaubt, die Häupter der Automobilräuberbande gefast zu haben, sieht diese, vielleicht unter neuen Chefs, mit gesteigerter Beweglichkeit ihr Unwesen fort. In einem Strafgericht nächst dem südlichen Pariser Vorort Mont Geron lagerten sechs Banditen; sie hielten ein Auto an, das von der Firma Thron Bouffon einem Agenten geliefert werden sollte. Der Chauffeur, der die Aufforderung: „Herunter vom Wagen!“ nicht sofort nachkam, wurde todschlagen. Ein Beamter der Polizei wurde über den Wagen gehoben, konnte entkommen, wurde aber durch einen nachgehenden Schuß am Oberarm verwundet. Die Räuber führten das Auto während der nächsten zwei Stunden nach dem südlich von Paris gelegenen Cantonill. Fünf von ihnen drangen unangesehen in das Innere der Sociéte-Filiale, erschossen den Kassierer, bemächtigten sich einer Summe von 4000 Francs und töteten hierauf einen Beamten, der ihnen den Weg verstellen wollte, und entliefen. Mitterweile hatte vor dem Tode der sechste Räuber aus einem Gewehr Schüsse abgegeben, um die Personen, die sich dem Tode nähern wollten, in Respekt zu halten. Zwei Personen aus dem Publikum wurden verletzt. Man fand nachmittags das Automobil blutbesetzt am Ufer des Dife nächst dem Dife Anstrome. Man hat von den Räubern keine Spur und verfolgt sie nach allen Seiten.

Der Sturz der Funkentelegraphie.

M. p. Gleichzeit mit England, dessen Generalpostmeister vor wenigen Tagen mit der Marconi-Gesellschaft einen Vertrag für den Bau von sechs drahtlosen Stationen abgeschlossen hat, die — in London, Ägypten, Aden, Bangalore (in Ostindien), im südlichen Vorderindien, westlich von Madras, Straits und Singapur — nach schon zwölf Monaten das ganze kritische Weltreich mit einem Funknetz überspannen sollen, schreiben die Vereinigten Staaten eine Subvention für sechs ähnliche Anlagen aus. Es ist dafür vorläufig eine Ausgabe von 1 Million Dollar (42 Millionen Mk.) vorgesehen. Die Stationen sind für die kalifornische Küste, für den Nishmus von Panama, für Samoa, die Insel Guam im Stillen Ozean und für die Philippinen bestimmt. Die in Amerika arbeitenden drahtlosen Gesellschaften, darunter auch Telefunken, haben, wie das „Army and Navy Journal“ berichtet, bereits Garantien dahin abgegeben, daß durch ein solches, dem Pazifik einschließendes Stationsnetz dauernde Verbindung, bei Tag und Nacht, mit der Westküste in liegenden drahtlosen Großstationen ermöglicht werden wird. Der Gebrauch eines oft zu verwendenden Chiffrealphabetes, der nur Offizieren zugänglich sein soll, und die Einrichtung wechselnder Wellenlängen werden angeblich die nötige Geheimhaltung der amtlichen Funkenbefehle versichern, für die allein die großzügige Anlage bestimmt ist.

Gerhart Hauptmann als Gemeindevorsteher. In Agnetendorf konnten die Ergänzungswahlen zur Gemeindevorstellung in der ersten Abteilung nicht stattfinden, da der einzige Wähler, Gerhart Hauptmann, in Italien weilt.

Luftschiffahrt.

Absturz eines Lenkballons.

Der italienische Lenkballon „Juvelli“ hat Sonntag bei Verona an einer schweren Unfall erlitten, bei dem einer der vier Insassen ein Bein brach, die drei anderen mit leichten Verletzungen davonkamen. Der Ballon wollte bei seiner Halle landen, doch verlor das Seitenfeuer, das Schiff wurde abgetrieben und stürzte auf offenem Felde am Rande eines Baches aus ca. 50 Meter Höhe ab. Ein Wachmann namens Galimberti brach ein Bein, der Konstrukteur Juvelli und die Mitarbeiter Ziori und Piccolo erlitten verschiedene Schnittwunden und Abschürfungen. Augenzeugen des Unfalls erklärten, hätten gesehen, wie das Luftschiff sich mehrere Male um sich selbst gedreht habe, dann auf 200 Meter Höhe emporgehoben sei, worauf es wieder tiefer sank. Aus ca. 60 Meter Höhe erfolgte der Absturz.

Erstreckungswiese blieb im Sturze die Gondel an einem hohen Pappelbaum hängen, sonst wäre wohl kaum einer der Insassen mit dem Leben davonkommen. Das Schiff ist fast vollständig zerstört.

Ein Aeroplan ins Meer gestürzt.

Bei dem Flugmeeting in Monaco startete Sonntag der Woffin-Doppeldecker unter Führung von Colliez. Nach einer Runde mußte er landen, da ein Sprandrath gerissen war. Nachdem der Apparat repariert war, erfolgte ein neuer Start. Bei der Landung außerhalb des Hafens bohrten sich die vorderen leicht konstruierten Schwimmer in eine Dünung. Der Apparat ist zerstört und verständig vollständig im Meer.

In Gera ist der Ballon Thüringen am Sonntag früh mit vier Passagieren zu einer Fernfahrt aufgestiegen. Die Fahrtrichtung war Nordost.

Sport-Nachrichten.

Das Sechstagerrennen.

In der 61. Stunde wurde Trend vom Renngericht mit einer Strafbüße bedacht, weil er nach Beendigung einer neutralisierten Zeit nicht rechtzeitig wieder aufstieg und so eine Verzögerung verursachte. Trend folgt mit Garapegi zwei Runden hinter der Spitzengruppe; die Kombination dürfte sich jedoch bald auflösen. Bei Schluß der 61. Runde waren bei unüberändertem Stand 1,998,50 Kilometer gefahren. In der 62. Stunde wurde eine Prämie ausgefahren, die Schauermann gewann. Um 2 Uhr nachmittags waren 2,026,333 Kilometer zurückgelegt.

Letzte Nachrichten.

Offiziöses Dementi.

Berlin, 25. März. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt offiziös:

In verschiedenen Blättern wird veröffentlicht, der Reichsanstalt habe am 19. d. M. ein Nachforschungsamt eingerichtet. In einer Provinzzeitung war noch hinzugefügt, das Reichsanstalt habe nach einer Auseinandersetzung mit dem Kaiser das Entlassungsgesuch eigenhändig geschrieben, versiegelt und durch den Hausminister überbringen lassen.

Es gibt Politiker, die aus dem Ausbleiben des Dementis den Schluß ziehen möchten, es müsse doch etwas Wahres daran sein. Deshalb mag hier mit fest gestellt sein, daß die ganze Geschichte in das Reich der Fabel gehört!

Die neue Wehroelage.

Kiel, 23. März. Der schleswig-holsteinische Provinzialverband des Wehroelags sieht auf der Tagung in Neumünster den „Kaiser Neuest Nacht“ zufolge eine Resolution, die er erklärt wird, daß die neuen Wehroelagen unvollständig seien. Die Resolution erwartet vom Reichstag eine Verbesserung der Vorlage.

Seillegung des Streikes in der Porzellanindustrie.

SS Hof, 25. März. Der Streik in der oberhessischen Porzellanindustrie ist beendet worden, nachdem Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vorangegangen sind, die eine Woche in Anspruch genommen haben. Heute wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik hat für beide Teile mit ziemlich befriedigendem Ergebnis geendet — Aus Rudolstadt wird gemeldet: Die Aussperrung von 10 000 organisierten Porzellanarbeitern wurde aufgehoben, sie hat vier Wochen gedauert.

Beilegung des Streiks auf der Werk des Norddeutschen Lloyd.

Bremenhafen, 25. März. Die Maschinenbauer im technischen Betriebe des Norddeutschen Lloyd haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Zum amerikanischen Proseß Schiff-Brandt.

Newport, 25. März. Nach einer Meldung der „Tribune“ sprachen sich 23 Mitglieder der Anklagebehörde 10 zugunsten von Schiff aus, so daß der Staatsanwalt vielleicht auf die Erhebung der Anklage verzichtet wird.

Erzulant Abdul Hamid.

v. Saloniki, 25. März. Die hier erscheinende Wochenschrift „Saloniki“ bringt die wenig glaubwürdige Meldung, daß der Erzulant Abdul Hamid seine Wita Aladin in Saloniki verlassen mühte und nach Konstantinopel gebracht wurde, da in jungtürkischen Kreisen die Befürchtung besteht, daß bei einem Bombardement Salonikis durch die italienische Flotte die Anhänger des Erzulants vertrieben würden, ihn aus seiner Haft zu befreien.

Deutsche Munitionsausfuhr nach dem Balkan.

Belgrad, 25. März. Die hiesige Militärbehörde hat die Durchfuhr von elf Waggons, die mit Munition aus Deutschland beladen waren, nach Saloniki gestattet.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

27. März: Wolfig mit Gewittern, tags mde, starkweise Niederdrückung.

28. März: Bewölkt, normal, feuch.

29. März: Wolfig mit Gewittern, mäßig, feiter.

30. März: Bewölkt, teils feiter, kühl, windig.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Neuland, Vermischtes: Wilh. Martin Feuchtmänger; für den Inzeratenteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Denbel, sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — Verantwortlich: Unterhaltungsdienst.

